



Schule neu denken

Hessische Thesen für eine Reform des Schulwesens

Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Bildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche, selbstbestimmte und umfassende Lebensgestaltung und bedeutet die optimale Ausbildung einer Persönlichkeit.

Bildung ist von zentraler Bedeutung für das Individuum und für die Gesellschaft als Ganzes; das Fundament unserer modernen Bürgergesellschaft.

In einem modernen Sozialstaat und einer Wissensgesellschaft, die sich als Teil einer globalisierten Welt versteht, ist Bildung der zentrale Schlüssel zu Chancengleichheit und sozialer Teilhabe. Individueller Wohlstand und Teilhabechancen hängen wesentlich von den eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt ab. Über den Zugang zum Arbeitsmarkt wird maßgeblich durch das Bildungssystem entschieden. Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist somit stets auch vorbeugende und nachhaltige Armutspolitik.

Der PARITÄTISCHE ist ein Verband, der auf die Prinzipien der Offenheit, Vielfalt und Toleranz sowie des bürgerschaftlichen Engagements als notwendige Voraussetzungen gesellschaftlich positiver Entwicklungen und der Lösung sozialer Probleme setzt. Es gehört zu den Kernkompetenzen unseres Verbandes, Bürger/-innen dabei zu unterstützen, Gesellschaft aktiv zu gestalten und im Rahmen von sozialer Arbeit zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen.

Der PARITÄTISCHE tritt ein für ein demokratisches und vielfältiges Schul- und Bildungsangebot, das Kindern aller gesellschaftlichen Schichten die Chance auf eine adäquate Schulbildung und einen adäquaten Bildungsabschluss gibt. Zur Verbesserung der schulischen Situation kommt es daher nicht nur auf die Bildungs- und Lerninhalte im Einzelnen, sondern zunächst auf die Rahmenbedingungen an, die Dynamiken freizusetzen in der Lage sind und positive Entwicklungen befördern können. Wir brauchen Reformen, die die Verantwortlichkeiten neu regeln und die Rechte und Aktivitäten der Bürger/-innen stärken. Allen Akteuren im System muss ermöglicht werden, Verantwortung wahrzunehmen, um ein vielfältiges und lebendiges Bildungsangebot zu initiieren.

Eine aktive Bürgergesellschaft lebt von dem Willen der Menschen, ihr Lebensumfeld selbstständig zu gestalten, und ihrer Kraft und Kompetenz, dies auch zu tun. Sie basiert auf einem modernen Bürgerethos und der Bereitschaft und Fähigkeit des selbstbestimmt und eigenverantwortlich handelnden Individuums, soziale Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Der Schule kommt bei der Vermittlung dieses Bürgerethos eine entscheidende Rolle zu: Bildung und Erziehung müssen die individuelle Entwicklung jeder Schülerin und jedes Schülers bestmöglich fördern und die Kinder dazu in die Lage versetzen, als aktive Bürger/-innen auch selbstbewusst Verantwortung für sich und für die Gemeinschaft übernehmen zu wollen und zu können.

Als kompetenter Partner wird sich der PARITÄTISCHE mit seinen Erfahrungen und Kompetenzen in die zukunftsfähige Gestaltung des deutschen Bildungssystems einbringen, um Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit und Chancenvielfalt in einer aktiven Bürgergesellschaft zu stärken.



Schule muss sich ändern und neu gedacht werden!



THESE 1

„Schule muss ein modernes Bürgerethos vermitteln, das Individuum stärken, partizipativ und demokratisch organisiert sein.“

Bildungsgerechtigkeit ist Voraussetzung und Ausdruck einer modernen und demokratischen Gesellschaft. Darunter versteht der PARITÄTISCHE die beste Ausbildung und Förderung von Fähigkeiten und Chancen aller Kinder und Jugendlichen in allen Bildungsbereichen.

Dieses Ziel muss unabhängig von Elternhaus, sozialer Stellung, finanziellen Möglichkeiten, Geschlecht und ethnischer Herkunft verfolgt werden.

Bei der Umsetzung dieses Ziels müssen gesellschaftliche, soziokulturelle oder strukturelle Benachteiligungen bestimmter Bevölkerungsgruppen im Bildungssystem ausgeschlossen werden. Nachweislich gibt es in keinem anderen Land der OECD einen so hohen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status und der ethnischen Herkunft der Eltern einerseits und der Bildungskarriere der Kinder andererseits. Kinder aus ärmeren oder bildungsfernen Elternhäusern haben empirisch betrachtet dramatisch schlechtere Bildungserfolge als Kinder aus der Mittel- und Oberschicht.

Der PARITÄTISCHE ist überzeugt, dass die Vermittlung eines modernen Bürgerethos, die Unterstützung bei der individuellen Persönlichkeitsentwicklung und die Ausbildung und Stabilisierung demokratischer und sozialer Tugenden nur gelingen, wenn Eltern und Schüler/-innen die Bildungsverläufe mitbestimmen und ihre Schule mitgestalten können. Dazu müssen neue Entwicklungs- und Bildungspartnerschaften zwischen Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Schulträger gegründet werden. Eine institutionalisierte Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern und Eltern in den entscheidenden Gremien der Schule ist Grundlage für die Übernahme von Verantwortung. Aber auch eine Befähigung von Schülerinnen und Schülern und Eltern durch Beteiligung, Information und Aufklärung über Schul- und Bildungsverläufe ist dazu notwendig. Die Partizipation von Eltern und Schülerinnen und Schülern an der Schulgestaltung ist ein Hauptfaktor einer sich bedarfsorientiert entwickelnden Schule und ein Grundprinzip von Integration und Identifikation.



„Staatliche Schulen müssen aus den zentralistischen Verwaltungsstrukturen herausgelöst werden, und frei-gemeinnützige Schulen sollten als Alternative aufgebaut werden.“

Um den individuellen Lern- und Bildungsansprüchen von Schülerinnen und Schülern entsprechen zu können, müssen Schulen in der Lage sein, organisatorische und konzeptionelle Entscheidungen eigenständig vor Ort zu treffen. Schule muss dabei autonom steuerbar sein und befähigt werden, eigenständiges Handeln eigenverantwortlich umzusetzen. Bleibt die staatliche Schule eine nicht-rechtsfähige Untereinheit der Schulbehörde, kann dies nicht gelingen.

Daher muss aus Sicht des PARITÄTISCHEN die moderne Schule ein eigenständiger rechtsfähiger Träger werden, um autonome Entscheidungs- und Planungsspielräume sowie Budget- und Personalhoheit zu erlangen. Dazu bedarf es entsprechender Ressourcen an Schulen, um ein professionelles Schulmanagement zu etablieren. Die frei-gemeinnützigen Schulen, die bereits eigenständige und rechtsfähige Träger sind, müssen den staatlichen Schulen in ihren Rechten und Mitteln gleichgestellt werden, um die Entwicklung von frei-gemeinnützigen Schulen als Alternativen zu staatlichen Schulen zu ermöglichen. Alle Schüler/-innen sollen Zugang zu den gebührenfreien frei-gemeinnützigen Schulen haben.

THESE 3

„Schule muss in das Gemeinwesen eingebunden sein und sozialraumorientiert agieren.“

Es ist unerlässlich, dass Schule die konkreten Rahmenbedingungen vor Ort berücksichtigt und offen ist für Impulse und Anregungen von außen. Die lokale Vernetzung mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit sowie die Gewinnung weiterer Kooperationspartner schafft Synergien, ermöglicht Innovationen und gewährleistet die Verankerung der Schule in der Gesellschaft.

Der PARITÄTISCHE will die staatliche Schule in die kommunale Verantwortung überführen, um derzeit bestehende Disparitäten zwischen den Verantwortlichen aufzulösen. Schule sollte Bestandteil der örtlichen Sozial- und Versorgungsplanung der Kommunen werden. Die bestehende Trennung zwischen Sozial- und Kultuspolitik ist auf lokaler Ebene zugunsten einer ineinandergreifenden schulischen und außerschulischen Bildungsplanung aufzuheben. Hier spielt die Beteiligung der Jugend- und Sportverbände und der örtlichen Kultur- und Vereinsarbeit eine tragende Rolle. Die einzelnen örtlichen Institutionen müssen sich als Partner und Organisator von konsistenten und inhaltlich hochwertigen Bildungs- und Lernprozessen für Schüler/-innen verstehen. Dabei ist eine Institutionalisierung von regionalen Bildungsverbänden zur Vernetzung, Ressourcenbündelung und gemeinsamen Planung dringend erforderlich.



THESE 4

„Frei-gemeinnützige Schulen müssen die gleiche Finanzierung wie staatliche Schulen erhalten, damit dort allen Schülerinnen und Schülern ein kostenfreier Schulbesuch möglich ist.“

Eltern, Schüler/-innen sowie alle Bürger/-innen im Gemeinwesen müssen die Möglichkeit bekommen, in und für ihre Schule Verantwortung zu übernehmen.

Der PARITÄTISCHE ist für den Ausbau von frei-gemeinnützigen, nicht-kommerziellen Schulträgerschaften. Öffentlich- oder privatrechtliche Stiftungen sowie frei-gemeinnützige Träger erhalten damit die Freiheit, aber auch die volle Verantwortung, gute Bildung für jede Schülerin und jeden Schüler zu ermöglichen und diese zu dem jeweils individuell optimalen Bildungsziel zu führen.

Zur Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit gehört für den PARITÄTISCHEN auch eine faire und chancengleiche Finanzierungsregelung staatlicher und frei-gemeinnütziger Schulträger. Schulen in frei-gemeinnütziger Trägerschaft müssen dringend aus ihrem unterfinanzierten Schattendasein heraustreten können. In einer offenen, vielfältigen, lebendigen Bürgergesellschaft dürfen frei-gemeinnützige Schulträger nicht länger gegenüber den staatlichen Schulen benachteiligt werden!

Derzeit stellt das Land Hessen nach dem gültigen Ersatzschulfinanzierungsgesetz einem Kind an einer frei-gemeinnützigen Schule bis zu 40% weniger finanzielle Unterstützung zu Verfügung als einem Kind an einer staatlichen Schule. Dies ist ungerecht und für die Qualität der Lern- und Bildungsprozesse benachteiligend. Engagierte Eltern, Initiativen und soziale Träger benötigen bei der Gründung und dem Betrieb einer freien Schule weitreichende Unterstützung. Die derzeitigen restriktiven Vorgaben durch das Hessische Ersatzschulfinanzierungsgesetz müssen grundlegend geändert werden, um staatliche und frei-gemeinnützige Schulen finanziell gleichwertig zu behandeln.

Der PARITÄTISCHE fordert daher dringend eine Überarbeitung der hessischen Finanzierungsregelungen dahingehend, dass die Förderung eines frei-gemeinnützigen Trägers mit Eröffnung der Schule beginnt und sie nachfolgend den gleichen Umfang an Personal- und Betriebsaufwendungen erhält wie eine vergleichbare staatliche Schule. Damit ist prinzipiell ein kostenfreier Zugang zur schulischen Bildung für Schüler/-innen verbunden.



THESE 5



„Chancengleichheit muss für jeden Schüler und für jede Schülerin garantiert werden.“

Das heutige Schulsystem fördert die soziale Segregation, produziert und zementiert soziale Ungleichheiten. Es ist auslese- statt förderorientiert: Die verfrühte Zuordnung zu Schultypen, die mangelnde individuelle Förderung, die Dreigliedrigkeit des Schulwesens und die geringe Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wirken sich besonders negativ auf die Bildungsverläufe der Schüler/-innen aus.

Besonders von Benachteiligung bedroht sind dabei Kinder aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien, Kinder mit Migrationshintergrund sowie Kinder von Alleinerziehenden.

Der PARITÄTISCHE tritt für die Herstellung nicht nur formaler, sondern faktischer Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler/-innen ein. Schulen müssen in die Lage versetzt werden, mit spezifischen Konzepten und Methoden auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder unterstützend einwirken zu können. Die Eltern müssen in diesen Prozess individueller Bildungsförderung einbezogen und in ihrer Erziehungsfähigkeit unterstützt werden. Die Schule selbst bedarf bei dieser Aufgabenstellung dringend einer besseren Personalausstattung und muss in ihren Methoden stärker sozialpädagogisch und lebensweltorientiert ausgerichtet werden.

THESE 6

„Frei-gemeinnützige Schulen erhalten im Rahmen von landesweiten Bildungsstandards eine weitestgehende konzeptionelle, pädagogische und organisatorische Autonomie.“

Schule braucht einen Wechsel von der behördlichen Verwaltung hin zu einer neuen, vertraglich klar geregelten Verantwortungsteilung:

Der Staat ist für die Verlässlichkeit, Finanzierung und das Angebot eines vielfältigen Schulwesens verantwortlich, sichert die Schulpflicht und garantiert die Standards.

Politische Entscheidungen gewährleisten die Rahmenbedingungen und setzen grundlegende Ziele. Die Bildungsverwaltung konkretisiert Bildungsziele bzw. Bildungsstandards, vereinbart konkrete Rahmenbedingungen und Erfolgskontrollen an den Schulen. Dabei sollten die Rahmenrichtlinien ziel- und kompetenzorientiert sein und den Schulen genügend Freiräume für die inhaltliche und methodische Ausgestaltung geben. Es muss sensibel abgewogen werden zwischen einheitlichen Bildungsstandards, die die Mobilität der Schüler/-innen bei einem Schulwechsel ermöglichen, und größtmöglichem Gestaltungsfreiraum der einzelnen Schule. Die Schulaufsicht hat die Aufgaben der Qualitätskontrolle, Evaluation und der Beratung sowie eine geregelte und faire Sanktion bei Nichterreichen der Ziele. Sie erhält wesentlich stärker als heute die Rolle einer Service- und Unterstützungseinrichtung.

Die jeweiligen Schulen und Schulträger sollten mittels ihrer pädagogischen Konzepte selbst bestimmen, wie sie die Bildungsziele erreichen. Damit erhalten sie die Möglichkeit, ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit gezielter auf die unmittelbar vor Ort bestehenden spezifischen Bedingungen und Erfordernisse auszurichten. Das Konzept- und Bildungsmanagement und somit auch die volle Personalhoheit müssen den Schulen übertragen werden. Dies erfordert eine grundlegende Veränderung der Anstellungs- und Beschäftigungsverhältnisse von Lehrerinnen und Lehrern unter Aufgabe des Beamtenstatus.

Der PARITÄTISCHE tritt dafür ein, dass die Träger von frei-gemeinnützigen Schulen ihre pädagogischen Konzepte und Bildungsziele autonom und in eigener Verantwortung bestimmen. Die jeweiligen landesspezifischen Schul- und Bildungsstandards bedürfen einer gemeinsamen Erarbeitung des Kultusministeriums und einer Expertenkommission, in der frei-gemeinnützige Träger ein Mitspracherecht haben.



„Mehr Bildungsgerechtigkeit für Schülerinnen und Schüler durch den Ausbau der qualifizierten Ganztagschule.“

Eine Verbesserung der Chancengerechtigkeit wird nach Ansicht der OECD durch intensiviertere und ganztägige Bildungsmaßnahmen sowie durch eine verstärkte und individuellere Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erreicht.

Der PARITÄTISCHE tritt dafür ein, dass Schule zu einem ganzheitlichen Bildungs- und Lernraum für Kinder und Jugendliche auf- und ausgebaut wird. In einer verlässlich ganztägig organisierten Schule müssen formelle und nicht-formelle Bildungsinhalte besser zusammengefasst und verknüpft werden. Dabei ist eine rechtlich verbindliche und konzeptionell fundierte Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Trägern als gleichberechtigte Partner unerlässlich. Diese Kooperation auf Augenhöhe muss durch das Land Hessen strukturell und finanziell angeregt, unterstützt und gefördert werden.

Dieses Thesenpapier des PARITÄTISCHEN Hessen zu einer Schulreform wurde auf Grundlage der Thesen des PARITÄTISCHEN Gesamtverbands diskutiert, modifiziert und erarbeitet mit Unterstützung von den PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisationen:

Freie Schule Untertaunus e.V., Klaus Amann
Odenwaldschule e.V., Meto Salijevic
Lehrerkooperative e.V., Rolf Schmidt
Verein für Kultur und Bildung e.V., Arif Aslaner

und folgenden externen Experten:
LAG der Freien Schulen, Dr. Jörg Boysen
Hessischer Jugendring, Reiner Jäckel
Peter-Fuld-Stiftung, Gabriele Buchholz



PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.
Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69 / 95 52 62-0; Fax: 0 69 / 55 12 92
E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org
V.i.S.d.P.: Günter Woltering, Landesgeschäftsführer
Auflage: 2.000, Juli 2009

Bildnachweis

Titel: Kinderfüße, C. Goldstein
Seite 2: Symposium im PARITÄTISCHEN Hessen
Seite 3: Hermann-Lietz-Schule, Bieberstein
Seite 4 und 5: Montessori Schule, Wiesbaden
Seite 6: Hermann-Lietz-Schule, Bieberstein; ERASMUS-Schule, Frankfurt
Seite 7: Dr. Wolfgang Werner, Anne Franz, Günter Woltering